

# Saale-Beitung.

Dezernierdritter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber sonst  
Kann mit 30 Pfg., solche aber falls mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von  
unseren Kammernstellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Reklamen die Stelle 75 Pfg. für Zeile  
und enthält 1 Mt.  
Erachtet täglich einmal,  
Sonntags und Wintertage einmal.  
Redaktion und Druck-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Brauhauptstraße 17;  
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-  
straße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

**Bezugspreis**  
Der Saale-Beitung kostet monatlich  
1,25 M., durch die Post  
2,25 M., ausl. Postgebühren  
Bekanntwerden von allen Reichs-  
behörden angenommen.  
Im amtlichen Rechnungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für advertising eingetragene Nummern  
von 100 bis 2000.  
Nachricht an: die Druckerei:  
Saale-Beitung.  
Verleger: der Redaktor Dr. 1109:  
Gr. Brauhauptstraße Nr. 17, 1133 a.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-  
straße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 279.

Halle a. S., Freitag, den 18. Juni.

1909.

## Vortsetzung der Finanzdebatte im Reichstage.

(2. Tag.)

263. Sitzung vom 17. Juni.

Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen zu Anfang mäßig.  
Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg, Freyher  
v. Rheinbaben, Sydow, Delbrück, v. Einem, Dernburg, später  
Präsident Bülow.

**Graf Westarp (kons.):**

Wenn der Reichstanzler gestern sagte, er lehne es ab, den  
Liberalismus von der Mitwirkung auszuschließen, so kann ich hin-  
zufügen: auch meine Freunde wünschen, daß die Finanzreform aus-  
schließlich auf der breiten Basis der Mitwirkung aller bür-  
gerlichen Parteien. Dann werden aber die Liberalen auf ihr  
völlig negatives Verhalten — (Große Unruhe links; lebhaftes Rufen  
des Widerspruches: Für: Unmöglichkeit!) Lassen Sie mich noch aus-  
sagen, daß Sie „Unmöglichkeit“ meinen. Also die Liberalen werden  
entschieden müßig auf ihre völlige Negativität gegenüber anderen  
Parteien. (Rufe links: Absolut! Lebhaft! Gefächelt  
links.) Wir werden auch jetzt noch Entgegenkommen zeigen  
und auf Änderungen eingehen, sofern nur dadurch an den  
Grundlagen unserer Verfassung nichts geändert wird.

Der Abg. Fehrmann hat gestern gegen Windmühlensfüßel  
geplänzt, wenn er aus der Erklärung des Reichstanzlers den einen  
Punkt als bedeutungsvoll hervorhebt, daß nämlich die Finanzreform im  
Ganzen gemacht werden müsse, und daß es nicht angängig sei,  
einzelne indirekte Steuern anzunehmen und dann den Rest, nämlich  
die Besteuerungen, auf den Herbst zu versetzen. Wir haben von  
Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß wir es für un-  
richtig halten würden, die Finanzreform nur  
teilweise durchzuführen. Wir haben sie als ein Ganzes  
angesehen und haben dafür auch bei denjenigen Parteien, mit  
denen wir zusammenarbeitet haben, volles Einverständnis ge-  
standen. Wenn ich also von anderer Seite aus das größte Entgegen-  
kommen zufließen kann, sobald es sich um solche Verbesserungs-  
vorläufe handelt (Hört, hört! links), ohne an den Grundgedanken  
unserer Verfassung etwas zu ändern (Hört, hört! im Zentrum;  
Absolut links; große Heiterkeit), so muß ich allerdings mit einem ge-  
wissen Bedauern der Ansicht Ausdruck geben, daß die gefälligen Ver-  
änderungen nicht geeignet waren, die Hoffnung auf ein solches Zu-  
kommenwollen bei uns zu verflüchten. Der Ton, in dem wir  
außerhalb dieses Hauses, in der Presse und in Versammlungen  
angegriffen werden, läßt uns ja taub. (Sehr richtig! rechts.) In  
der Arbeitssitzung eines Parlamentarier ist es ja eine gewisse Er-  
haltung, wenn er sich das Schimpfregiment in der Presse  
durchläßt. (Sehr gut! rechts.) Aber wenn ich ein Abgeordneter,  
der Führer einer großen Partei, den Inhalt dieser Angriffe da-  
durch zu eigen macht, daß er uns vorwirft, mit Handeln aus  
Eigennutz (Sehr richtig! auf der Bank!) aus Ablehnung gegen  
Steuerbewilligung für den Herbst (Sehr Zustimmung auf  
der Bank! Unruhe und Hört, hört! rechts), und wenn das hier  
noch unerhöhrterweise durch den Ruf „Sehr richtig!“ verstärkt wird,  
so liegt es mir ganz fern, in dem Ton zu antworten, der vielleicht  
meinem Temperament entsprechen würde. (Sehr gut! rechts.)  
Aber ich muß doch hervorheben, wenn ein Führer einer großen  
Partei einer dieser bekümmerten Partei derartige Vorwürfe, die  
gegen ihren guten Willen gerichtet sind, macht, so kann wohl  
kaum in klarerer Weise die Abweisung, mit uns zu verhandeln,  
zum Ausdruck gebracht werden. (Sehr wahr! rechts.) Ich möchte  
die Herren doch bitten, aus der Stellung der Regierung, die sie  
durch solche Vorwürfe aus dem Ausdruck bringen (Sehr wahr!  
rechts; Unruhe und Widerspruch links), herauszutreten.

Der Reichstanzler hat als uns erste Warnungen gerichtet.  
Er hat uns zugehört: die konservative Partei gräbt sich ihr  
eigenes Grab, wenn sie sich unseren berechtigten Forderungen ver-  
weigert. Meines Erachtens weisen die Ausführungen des Reichs-  
tanzlers über diese Frage eine gewisse Klärung auf. Wenn jemand  
diese Ausführungen liest, ohne über den Gang der Dinge genau  
informiert zu sein, so kann er leicht zu der Auffassung kommen,  
als fände die konservative Partei gegenüber der Finanzreform  
auf einem ablehnenden Standpunkt, als sei sie der Vater  
aller Hindernisse. (Lebhaft! Sehr richtig! links.) Gegen-  
über dieser Auffassung weise ich auf die Tatsache hin, daß nach  
monatelangen, absolut fruchtlosen Verhandlungen es der Initia-  
tion und dem Vorgehen unserer Partei zuzuschreiben war, daß  
Vorschläge für den gehen angefordert Betrag von 500 Mill.  
gemacht sind. (Ironisches! Sehr richtig! links.) Aus Ihrer  
freundlichen Zustimmung (Heiterkeit) entnehme ich, daß auch Sie einen  
Teil dieser 500 Millionen als vollständig durchführbar anerkennen.  
Es handelt sich dabei nach einer Berechnung, die auch von den  
verschiedenen Regierungen nach keiner Richtung hin bestritten wird,  
um Vorschläge, die sich auf 300 Millionen erstrecken. 300 Millionen  
ist doch immer ein Wort. Einer Partei, die durch ihre Initia-  
tion einen solchen Erfolg erzielt hat unter Zurückstellung aller  
parteilichsten und wohlwollendsten Rücksichten (Gelächter links),  
darf man doch nicht solche Vorwürfe machen, wie es hier geschieht.  
Wir wissen ebenso gut, wie alle anderen, daß es durchaus nicht  
populär macht, wenn man neue Steuern entwirft; die Kritik neuer  
Steuernverträge ist immer leichter, als das Zustandekommen. Es  
ist eine ganz gute parlamentarische Praxis, wenn man sich lediglich  
auf den Standpunkt des Wahl- und Parteinteresses stellt,

daß man das Einbringen von Steuerentwürfen den Regierungen  
überläßt und nicht den Parteien. Wir haben mit vollem Bewußt-  
sein ein schweres Versehen gemacht und parteilichsten Inter-  
essen gebracht (Lachen links; Sehr wahr! rechts), indem wir  
selbst mit Vorschlägen hervorgetreten sind, und aus dieser Tat-  
sache ziehe ich den Schluß, daß es unrichtig war, uns vorzuerwerfen,  
wir ständen der Reform ablehnend gegenüber. (Lachen links.  
Reichstanzler Fürst Bülow tritt den Saal.) Der Reichs-  
kanzler hat das gar nicht ausgeprochen, aber aus ihrer Zustim-  
mung ersehe ich, daß Sie diesen Vorwurf erheben. (Lachen links.)  
Wenn der Herr Reichstanzler uns vorgehalten hat, daß wir uns  
berechtigten Forderungen verschlossen, so bezog sich das ja auf eine  
andere Forderung, auf die Forderung, daß ein erheblicher Teil der  
Steuern, 100 Millionen, auf den Herbst gelegt werden  
sollen. Der Herr Reichstanzler sagte, in Uebereinstimmung mit  
den verbündeten Regierungen betrachte er es als *non est officium*,  
als Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit, daß die vorgelegten Steuern  
zu einem guten Teil von den Besitzenden getragen werden. Der  
Nachweis, daß die konservative Partei sich dieser Forderung nicht  
verschließt, daß sie in energischer Weise für die Verwirklichung  
dieser Forderungen eingetreten ist, ist ja wahrhaftig sehr leicht zu  
erbringen. (Sehr richtig! rechts.) Worin liegt denn der Kern-  
punkt der Streitfrage? Doch nicht darin, daß der Besitz heranzu-  
gezogen werden soll, sondern in welcher Art das geschehen  
soll. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Es ist eine im parla-  
mentarischen Leben sehr häufige Praxis, daß jemand sagt: mit  
dem Prinzip bin ich ganz einverstanden, aber der Weg, auf dem  
das Ziel erreicht wird, paßt mir nicht. Das ist zum Beispiel  
die Praxis, die von den geborenen Vertretern der Börseninter-  
essen vielfach gegenüber der Heranziehung des Börsenkapitals ein-  
geschlagen wird. (Sehr gut! rechts.) Wir haben diesen Weg nicht  
eingeschlagen. Wir haben uns nicht beschränkt auf die Ablehnung  
derjenigen Wege, die der Reichstanzler zur Heranziehung des Bes-  
itzes in diesen Steuern vorge schlagen hat, sondern wir sind auch  
hier wieder mit Gegenvorschlägen hervorgetreten.  
Der Redner erörtert theoretisch den Begriff „Beststeuer“. Es  
sei fraglich, ob er vor der Wissenschaft überhaupt standhalten kann.  
Die einen verstehen das darunter, die anderen jenes. (Zuruf:  
Daß der andere ja nicht! Große Heiterkeit.) Wir haben uns  
nicht der Aufgabe verschlossen, den Besitz heranzuziehen. Wir haben  
nur die vorgeschlagenen Form abgelehnt. Sogar neue Vorschläge  
haben wir gemacht. (Zuruf links: Die waren auch danach. Große  
Heiterkeit.)

Die neue Erbschaftssteuerentwürfe erscheint uns  
ebenfalls bedenklich wie die vorherige.

**Wir wollen nicht, daß die Kinder zu dieser Steuer  
herangezogen werden.**

Die Erbschaftssteuer ist eine Vermögenssteuer, sie muß den Ein-  
gefallenen belasten bleiben. Eine Besteuerung der Schenkungen  
wäre gar nicht zu vermeiden. Das wäre aber ein wenig  
wünschenswerter Eingriff in die persönlichen und enghen  
Familienverhältnisse. (Sehr richtig! rechts.) Die Redereien von  
der Steuer der Erbschaft der Agitate sind einfach lächer-  
lich. (Stürmischer Widerspruch links; Weisheit rechts.) Guter kann  
man der Besteuerung nicht entgegen, wohl aber Heranziehung.  
(Widerpruch links.) Haben Sie schon einen Gutsbesitzer gesehen,  
der seine Schwestern oder seine Nichten auf die Bank zu legen  
läßt? (Heiterkeit.) Sehr sparen unsere Landwirte um  
ihren Kindern etwas zu hinterlassen. Rame diese Erbschafts-  
steuer, dann würden die Leute aufhören, zu sparen. (Schallende  
Heiterkeit links.) Die Erforderung des Vermögens zum Zwecke  
der Erbschaftsbesteuerung wäre ein Eingreifen in die Familien-  
verhältnisse, das wir aufs schärfste verurteilen. Dieses Eingreifen  
süchten wir. (Zuruf links: Das glauben wir gern! Große  
Heiterkeit.) Wir fürchten, daß der bisherige Familienbesitz  
auf einem mobilen Besitz wird. Gerade bei der Erbschaftssteuer  
es heißen: Principis obsta. Denn hier kann der erste Schritt  
von den verderblichsten Folgen begleitet sein. (Widerpruch  
links.) Ehe die preussische Wahlrechtsfrage in der Thronrede  
angeführt wurde, hatten wir uns schon gegen die Erbschafts-  
steuer ausgesprochen. (Widerpruch links.) Wir waren gegen sie,  
noch ehe der sogenannte Sturm der Entrümpelung im Lande aus-  
brach, von dem man sagt, daß er nicht ohne Mitwissen der Regie-  
rung in die Wege getrieben worden ist. (Hört, hört! rechts.)

**Auf unserem Wege trafen wir das Zentrum.**

(Lachen links.) Wir haben das selbstverständlich begrüßt. (Lachen  
links.) Man darf uns nicht den Vorwurf machen, daß wir aus  
parteilichsten Gründen an unserer jetzigen Stellung festhalten.  
Nun zu einer Frage, die wir vor dem Lande stellen und klar  
vortragen wollen. Man hat behauptet, für unser Vorgehen sei der  
Wunsch maßgebend gewesen, den Reichstanzler zum Rücktritt von  
seinem Amt zu bewegen. (Hört, hört!) Davon ist absolut nicht  
die Rede. (Sehr, hört!) Wir haben in keiner Weise, zu keiner  
Zeit einen Schritt getan, der diesen Gedanken wahrsein könnte.  
(Große Unruhe links.) Bei den Verhandlungen, die zwischen uns und  
anderen Parteien stattfanden, ist nie mit einem Worte davon die  
Rede gewesen. (Schallende Heiterkeit links.) Wir sind logar der  
Ueberzeugung, daß wir durch unser energisches Eintreten für das

Zustandekommen der Finanzreform gerade dem Herrn Reichs-  
kanzler den Boden geebnet haben, zu bleiben. (Stür-  
mische Heiterkeit, in die auch ein Teil der Rechten einstimmt.)  
Und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Herr  
Reichstanzler doch noch die Wege finden wird,  
auf denen es ihm möglich sein wird, in Beibehaltung seiner be-  
währten patriotischen Empfindungen und auch unter Berücksich-  
tigung unseres Standpunktes die Finanzreform zu Ende zu  
bringen. (Unruhe links. Lebhaft! Weisheit rechts.) Während der Red-  
ner eine Pause macht, ruft

**Abg. Singer:**

**„Armer Bülow!“** — Ein Heiterkeitssturm bricht los. Auf  
allen Bänken, auf der Bundesratstribüne, auf den Tribünen laßt  
man Tränen. Der Reichstanzler lehnt sich mit gekreuzten  
Armen auf seinen Stuhl zurück und schüttelt sich vor  
Lachen. Nur mühsam kann der Redner sich schließendlich wieder  
gehört verschaffen. Er fährt fort:

Ich will Ihnen nun sagen, wie meine politischen Freunde  
sich die weitere Entwicklung denken. Die Verantwortung müssen  
wir ganz auf die Liberalen abwälzen. (Lachen links. Sehr  
richtig! rechts.) Unsere Vertreter in der Kommission haben sich  
die entscheidende Mühe gegeben, eine Einigung auf die Verbrauchs-  
steuern auch mit den liberalen Parteien herbeizuführen. Ein  
Teil meiner politischen Freunde war trotz der schweren Bedenken  
gegen die Erbschaftssteuer, die ich vorgetragen habe und die sie  
vollkommen teilen, zeitweilig bereit (Stürm. Hört, hört! links),  
das Opfer zu bringen; durch das Verlangen der Liberalen bei den  
Verbrauchssteuern hat sich aber die Situation vollkommen ge-  
ändert. (Unruhe links. Sehr richtig! rechts.) Eine Weisheit für  
die notwendigen Verbrauchssteuern war in der Kommission nicht  
zu finden und nach dem Verlauf der Verhandlung ist sie auch im  
Plenum nicht mehr zu finden — (Bemerkung des Reichstanzlers,  
sondern nur durch Ablehnung der Erbschaftssteuer. (Sehr wahr!  
rechts und im Zentrum. Abg. Singer ruft: „Nun  
Seraunt! wir in für Erbschaft!“) Hiernach reden sich nun-  
mehr auch bei diesem Teil meiner politischen Freunde die tat-  
sächlichen Rücksichten mit den prinzipiellen. Meine politischen Freunde  
mit ganz wenigen Ausnahmen erachten die grundsätzlichen Be-  
denken, die sie gegen die Heranziehung der Erbschaften und Kinder  
bei der Nachlasssteuer geäußert haben, auch durch die neue Vor-  
lage der verbündeten Regierungen für beseitigt. Sollte Kom-  
missionsberatung gewünscht werden, so werden wir uns ent-  
schließen, in einer Kommission mitzuwirken. Es geschieht das mit  
Rückzicht auf die verbündeten Regierungen, die eine genaue Durch-  
prüfung ihrer Vorschläge wünschen.

**Die Besteuerung der Feuerversicherungs-polizen**

ist bei uns nicht ohne Bedenken. Gerade in der Landwirtschaft ist  
der Feuerversicherungswert doch recht hoch; es gibt Güter, wo der  
ganze Betriebswert nicht höher ist als der Feuerversicherungswert.  
Auch von den Mobilien entfällt ein sehr großer Teil auf das land-  
wirtschaftliche Betriebskapital. Nicht ohne Bedenken ist uns auch  
die Besteuerung der Wechsel und Schecks im Großen  
tehr. Was die Besteuerung des Umlages an Grundbesitz an-  
langt, so ergibt sich vielleicht für Sie eine Ueberlastung. Sie  
entpricht ja eigentlich unserem Antrage, aber wir haben den Um-  
satzpunkt auf Immobilien beantragt im enghen und organischen  
Zusammenhang mit einer gleichzeitig einwirkenden Besteuerung  
des umlaufenden mobilen Kapitals, des Börsenkapitals. Unsere  
Zustimmung zum Umsatzpunkt wird also sehr wesentlich davon  
abhängig gemacht werden müssen, ob es gelingt, eine solche Be-  
steuerung des mobilen Kapitals einzuführen. Die Gegenüber-  
stellung, die zwischen direkten und indirekten Steuern gemacht hat,  
ist mir oft gefanden nicht ganz klar. In den ganzen 140 Mill.  
bestehend sich nach meiner Ansicht nur 10 Millionen direkte Steuern,  
nämlich der Effektensteuern.

Der Redner erörtert nunmehr die Rotierungssteuer.

Der Hauptantrag, es handle sich dabei um eine Vermögenssteuer,  
ist unzutreffend. Eine Vermögenssteuer liegt nur, wenn die Persön-  
lichkeit des Einzelnen im Wege der Steuer belastet wird, während  
es sich hier um eine Besteuerung eines einzelnen wirtschaftlichen  
Vorganges handelt, und zwar eines solchen, in dem er selbst nicht  
in fahbarer Gestalt ergriffen wird.

Wir halten die Rotierungssteuer für durchaus brauchbar.  
Ueber Einzelheiten läßt sich reden. Zur Verbesserungsvorschläge  
— auch von der Linken — wären wir dankbar. Von Börseninter-  
schaft kann keine Rede sein. Die Börse soll nicht verdrängen  
werden. Im Börsenverkehr tritt das mobile Kapital, das sonst  
schwer zu erfassen ist, am besten in die Erscheinung. Darum muß  
hier die Steuer einlehen. Wie kann man von Individualität und  
Mittelstandsindividualität sprechen? Ohne eine genügende, aus-  
reichende Heranziehung des mobilen Kapitals — die durch den  
Effektensteuern noch nicht erreicht ist — können wir uns ein Zu-  
kunftsentkommen der Finanzreform nicht denken. (Lebhaft! Weisheit  
links u. d. Konf. und im Zentrum.)

**Abg. Singer (Soz.):**

Die Quintessenz der Rede des Grafen Westarp war die Zer-  
berung, daß die Konfessionen, die Großgrundbesitzer, nicht mit  
direkten Steuern belastet werden dürfen. Was er vom Familien-  
firm ufn. sprach, war nur von der Rückst auf das große Fort-

mannete der Junker differt. (Zustimmung links.) Die Junker wollen keine Steuern zahlen, alle sollen auf die Waagen abgemessen werden. Freimütig hat die „Kreuzzeitung“ ausgeprochen, was Graf Bismarck nur verlaunlich zu verlesen gab, nämlich, daß nur die angebotene Leistung der Regierung zu einer Reform des preussischen Wahlrechts die Konfessionen für sich macht. In dem Augenblick, wo die konservative Partei die Sicherheit hat, daß in Preußen nichts reformiert wird, wird sie auch der Finanzreform gegenüber eine andere Stellung einnehmen. Beständige Gründe liegen der Haltung der Konfessionen zur Finanzreform zugrunde. Der Reichsanwalt betrachtet den Liberalen Geist nur als ein Mittel zu einem reaktionären Theater. Die diesbezüglichen Besprechungen des Reichsanwalts vor dem Junkertum, die Besprechungen gegenüber der Reaktion — Jena und A. u. d. W. u. d. W. — hat er wohl vergessen (Lachen rechts) — beweisen, was der Reichsanwalt unter liberalem Geist versteht. Wo bleibt der liberale Geist bei einer Vorlage, die den Massenkonsum mit 400 Millionen belastet? Der Reichsanwalt würde bereit, auch unter Unterstützung bei der Finanzreform anzunehmen. Wie kann er Unterstützung verlangen von einer Partei, deren Angehörige man freuet und nicht für geeignet erachtet, an der Gebeugung mitzuwirken, die Herr v. Röcher nur als Objekt der Gebeugung betrachtet? Die Politik wird heute in gebelmen Konventionen gemacht. Wir nehmen es zu dem Kanzler nicht über, wenn er uns nicht zu seinem Besse einladet. (Seitertzeit.) Aber bei den Aussprachen bei ihm scheint viel gemogelt zu werden. Statt offen vor dem Parlament zu sagen, was man will, betreibt man die Geschäfte hinter den Kulissen. Auf die Haltung des Kanzlers gegenüber dem Zentrum post das Wort: „A. u. d. W. u. d. W.“ und ein bißl Treu, und ein bißl Falschheit ist allemal dabei. (Seitertzeit.) Herr Bismarck hat nach 1907 gegen Laub- und Biersteuer gestimmt. Zusammen kann ich ihm, wenn er den Reichsanwalt zur

#### Ausslösung des Reichstages

auffordert. Was Sie den Reichstag auf, dann werden Sie erfahren, was das Volk über die Finanzreform denkt! Die Regierung sollte aus Volk appellieren. Gegenüber 400 Mill. Konsumsteuern sind die lumpigen 100 Millionen Jng. Beihilgen, mit denen man freuden geht, absolut unzureichend. Ein Stück Dekoration an einem hauffälligen Gebäude. Als Herr Bismarck gestern die Finanzreform als soziale Reform hinhielt, istlog er der Wahrheit und der Vernunft ins Gesicht. Die ganze Reform ist nur eine Ausraubung der breitesten Massen. (Zustimmung h. d. Sog.)

#### Wir lehnen die Finanzreform als Ganzes ab.

Die Gesandtschaft der der Steuerkommission ist das Standbild, was wir erlebt haben, eine schamlose Drückerei der höheren Klassen. (Sehr richtig! links.) Alle Tage berichten die Zeitungen von unerhörten Steuererhöhungen. Un glaublich ist es, daß der Liberalismus die Festsetzung von 100 Millionen Beihilgen als Sieg in die Welt hinauspoltert. So billig hätten es die Herren nicht machen sollen. Der Bankrott hat nur die kapitalistischen Interessen vertreten, gegen die schwere indirekte Belastung der Massen hat er keine Worte gefunden. Im Gegenteil, man hätte über die sozialen Seiten, Herr Kirchow hat der Bekämpfung des Stempel aufgedrückt. Und genau so, wenn auch in veredelter Weise — hat sich Herr Bismarck geäußert. (Sehr richtig! h. d. Sog.)

Die Regierungsvorlage über die Erbschaftsteuer ist geradezu ein Hohn auf eine vernünftige Herangehung der Erbschaften. Sie erscheint uns in dieser Form zur Annahme nicht geeignet. Der Redner spricht sich gegen die Belastung des Scheidungsvertrags und gegen die Besteuerung der Feuerversicherungs-politien, die kulturwidrig sei, aus. Das Mobilien ist auch durchaus nicht ein Maßstab für die Höhe des Vermögens. In einigen Jahren werden wir vor der Notwendigkeit einer neuen Finanzreform stehen. Darum müssen wir die Ursachen der Finanznot beseitigen und die uralten Waltungen einschränken. Preußen ist die Quelle alles Übels für das Reich. Es nicht die Macht des preussischen Junkertums gebrochen ist, eher ist an eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung nicht zu denken. Noch im November hat Herr Bismarck erklärt, daß die Reform in Preußen mit der Finanzreform eng verknüpft ist. (Bismarck wieder spricht.) Ich habe Sie also überführt? (Seitertzeit.) Die ganze Finanzreform politisch, wie sie uns entgegentritt, ist eine Politik der Wiedertracht und der Ausraubung. (Leb. Unruhe. Lärmender Beifall h. d. Sog.)

#### Vizepräsident Kaempf:

Wegen dieser Worte, und weil Sie vorhin schon von der Ausraubung der Massen in Verbindung mit Regierungsanträgen gesprochen haben, rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall.)

#### Hbg. Dr. Spahn (Ztr.).

Die Notwendigkeit der Finanzreform, 500 Millionen jährlich, ist von meinen Freunden in der Kommission anerkannt worden. Die von der Kommission neu beschlossenen Steuern ver-

denken wir lediglich dem Verhalten der Nationalliberalen und Freimütigen in der Kommission. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum, Lachen links.) Der Reichsanwalt hat im Dezember 1906 ausgeführt, die Erbschaftsteuer auf Dependents und Ehegatten werde von dem mobilen Kapital sehr viel leichter getragen als von Grundbesitz (der Redner verliest die betreffende Stelle unter Hört, Hört!-Rufen und der Seitertzeit des Zentrums und der Rechten). Die Rücksicht auf den Familienstand hat der Reichsanwalt damals in einer Weise betont, wie es nicht schöner von Seiten der Agrarier gesprochen kann. (Hört, Hört! rechts und im Zentr.) Dann Max v. Rheinbaben (Seitertzeit) und Hört, Hört! im Zentr. Jurus links (Groedel) — ich komme auch auf ihn. Der Redner verliest Stellen aus der Rede des preussischen Finanzministers von 1906. Auch hier die Betonung des Familienstandes. (Hört, Hört!) In Glatz-Reden, sagte Herr v. Rheinbaben, hat man die Schenkungen sechs Monate vor dem Tode freigegeben; hätte man das nicht getan, so hätte es zu einem unerträglichen Eindringen in die intimsten Familienverhältnisse geführt. (Hört, Hört! Jurus links: Groedel) — Einen Augenblick. Also der Hbg. Groedel ist allerdings ursprünglich Freund der Dependentssteuer gewesen. (Halt und Hört, Hört! Seitertzeit links.) 1905 aber haben ihn die Diskussionen, die an mehreren Abenden in unserer Fraktion darüber stattgefunden haben, überzeugt, wie er sagt. (Gesandte Seitertzeit links.) Hört, Hört! rechts. Jurus links: Und es heißt auch? Dr. am 20. Hört, Hört! hat den Standpunkt vertreten, man solle die Einkommensteuer im Falle des Todes nicht noch einmal an das Reich zahlen lassen, aber Zehnjahrl hat in der ganzen Fraktion niemanden überzeugt. (Lachen links.) Der Hbg. Paafsch (Hört, Hört! und Seitertzeit im Zentr. und rechts) hat am 21. — November — 1908 —! (Große Seitertzeit, Jubel links) noch in sehr scharfen Worten sich gegen die Erbschaftsteuer ausgesprochen. Ich mache ihm ja keinen Vorwurf daraus. (Seitertzeit. Jurus links: Er wollte die Vermögenssteuer.)

Die Bedenken gegen die Erbschaftsteuer will ich doch noch etwas unterkreichen. 85 Prozent der Bevölkerung werden davon nicht getroffen, damit entfällt auch die ganze Bedeutung der Steuer als Kontrolle des Einkommens. (Wa, no, links.) Das Einkommensteuergesetz gibt die Befugnis, nachzuforschen, ob die Verschönerungen der Steuerpflichtigen richtig sind; der Erschaffer verpflichtet, so und so viel in im Gehaltszins, es ist aber keine Möglichkeit gegeben, zu ermitteln, ob das in der Tat im Gehaltszins ist. Der Grundbesitz ist in allen deutschen Staaten höher belastet als das mobile Kapital. Ich habe mir noch jetzt eine Rechnung aufstellen lassen von einem Großgrundbesitzer im Nordrheingebiet; er zahlt an den Staat, an die Gemeinden, für Schulden u. m. über 31 Prozent. (Hört! Hört! rechts und im Zentrum, Lachen links. Hbg. Mommen: Wer hat ihn so eingeschätzt?) Dann wirt die Steuer ungerecht, weil verschiedene, je nach der Zahl der Sterbefälle in der Familie, nach der Zahl der Kinder, danach, ob Kinder bereits abgefunden und hinausgegangen sind, aber im Betriebe mitwirken. Das ist keine ideale Steuer. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Dazu kommt, daß diese Steuer gerade in einem Moment erhoben wird, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtern, denn es handelt sich nicht um einen Vermögenszuwachs beim Erbfall, wie der Schatzkammer meint. Herr Bismarck hat auf die Sanierungsanfrage und die Verfügungen des Ehrenoberleiters der Tischlerinnung hingewiesen. Die Erbschaftsteuer wird dahin wirken, daß der Wandwirt, der Sandwerker mit seinen Kindern einen Dienstvertrag schließt, wonach er ihnen jährlich einen Entgelt für ihre Arbeit, in der Buchführung, in der Beaufsichtigung des Betriebes, zahlt. Wollen Sie, daß solche Verhältnisse bei uns Regel werden? Glauben Sie, daß das den Familienstand fördert? (Seitertzeit Beifall rechts und im Zentrum.) Ich weiß nicht, was für Verhältnisse im Berliner Sandwerkbetrieb; der hiesige Sandwerkbetrieb hat sich ganz entschieden gegen die Nachlasssteuer ausgesprochen. (Hört! Hört! im Zentrum und rechts.) Herr v. Gump hat in der Kommission den Vorschlag gemacht, man solle eine Bestimmung aufnehmen, daß in Zukunft eine Änderung der Erbschaftsteuer nur möglich sein soll, wenn jeder Einzelstaat zustimmt; ich weiß nicht, ob der Reichsanwalt diesem Antrag entgegenkommen will, ich bin aber überzeugt, daß eine Erweiterung der Erbschaftsteuer auch dann kommen würde. Wir ist nicht ganz klar, wie man dem Reichstag zumuten kann, überhaupt auf dieses Steuerprojekt einzugehen, nachdem er es 1906 im Einklang mit den verbündeten Regierungen einstimmig abgelehnt hat. Hätte er es damals aus sich heraus lassen getan, nun, dann könnte man sagen, in dieser Verfassung besteht keine Kontinuität; aber wie können in der Regierung die Anschauungen so plötzlich wechseln? (Hört! Hört! und lebhaft Zustimmung rechts und im Zentrum. Jurus links: Die Finanzquellen als diese nicht gab!)

Der Redner beschließt sich mit der Rotierungssteuer. Sie ist berechtigt als Gegenleistung für den Gold- und Kurswert, den die Papiere durch die Zulassung zur Börse und durch die Börsenordnung, das Börsengesetz, erhalten. Im Frankreich hat die Steuer, solange sie in angemessener Höhe bleibt, völlig tadellos gewirkt, eine rühmliche Bewegung trat erst ein bei ihrer Erhöhung. Das beweist nur, daß bei der Bemessung der Steuer der

richtige Maßstab inne gehalten werden muß. Frankreich erzielte aus dieser Steuer 92 Mill. Frs. Was soll der Hinweis auf den Norddeutschen Lloyd? Die Kommission hat doch beschlossen, daß die deutschen Aktiengesellschaften, wenn sie in einem Jahre kein Dividende bezogen haben, für das folgende Jahr von der Steuer befreit bleiben. (Hört! Hört! rechts und im Zentrum.) Auch der frühere Finanzminister v. Miquel hat sich für die Rotierungssteuer ausgesprochen. (Hört! Hört! rechts und im Zentrum. Gegen den Hört, Hört! in der Sitzung ist es nicht möglich, wenn es Bedenken sind, weil es ihm gerade die Landwirtschaft und der Mittelstand betroffen werden. Über den Wertpapierverkehr läßt sich eher reden. Einer Gedächtnisrede können wir nur zustimmen, wenn sie sich bloß auf die größeren Schecks erstreckt.

Schließlich handelt es sich bei der ganzen Finanzreform nur noch darum, etwa 50 Millionen auf diese oder jene Weise aufzubringen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung möglichst wenig davon bestrahlt wird. Dieser Gedanke muß maßgebend sein. Darum verweise ich auch nicht, wie man sich auf eine bestimmte Steuer, wie die Nachlasssteuer, verlassen kann. Der Bundesrat wird schließlich sehen müssen, wie er auch ohne sie auskommt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Herr Bismarck hat nun von der Reichstagsauslösung gesprochen und von der Schädigung des deutschen Einflusses im Ausland. Das Ausland kümmert sich wenig darum, wie wir unsere Steuern aufbringen, wenn wir nur unsere Schulden bezahlen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Herr Bismarck hat weiter erklärt, es dürfe nicht wieder dahin kommen, daß das Zentrum dem Reichstag seinen Willen aufzotroffere. (Hört! Hört! im Zentrum.) Wie wollen diese Verdrängung unserer nationalen Meinung zurück zu demselben Augenblick, aber, wo die Nationalliberalen ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz fordern, um die Unterstützung des Reichstags aufzulösen, wird, wenn es nicht nach ihrem Willen geht. (Seitertzeit Hört! im Zentrum.) Da gilt wieder das Wort: Und der König ist absolut, wenn er unseren Willen tut. (Seitertzeit Zustimmung im Zentrum.) Nun ist behauptet worden, daß mein Sünderbuch früher beim Reichsanwalt eher aufgetaucht ist. (Seitertzeit.) Ich muß diese Behauptung für allemal zerstören. Ehe man zum Reichsanwalt ins Zimmer tritt, gibt man den Hut ab. Ich nahm das wahr und bin daher immer im runden Hut hingegangen. (Große Seitertzeit.) Ich trag allerdings einmal einen Zylinderhut, ich begab mich aber zu demselben Augenblick, wo die Reichsanwalt aufgetaucht ist, zu demselben Augenblick. (Seitertzeit.)

Auch wir haben den Wunsch, daß die Finanzreform mit möglichst großer Mehrheit zustande kommen. Nebenfalls müssen wir aber feststellen, daß der Reichsanwalt bisher die Wirkung erzielt hat, daß von der Kommission die Entscheidungen nicht immer aus sachlichen Gründen getroffen wurden. (Zustimmung im Zentrum.) Das gilt vor allem gegenüber dem Antrag Herold. Der Reichsanwalt hat sich darüber beklagt, daß er von Mitgliedern der Zentrumspartei angegriffen worden ist. Ich weiß es nicht. (Seitertzeit. Jurus bei den Sog.) Sie lesen wohl keine Zentrumspublikationen! Erneute Seitertzeit.) Nebenfalls beziehen sich diese Angriffe zum Gnaatsrecht des Kanzlers in den Novembertagen. Er wird selbst zugeben, daß man über sein Verhalten an jenen beiden Sitzungen sehr verschiedene Meinungen sein kann, ohne seiner Ehre nahe zu treten. (Beifall im Zentrum und rechts.) Der Angriffartikel in der „Germania“ wegen der Währungsreform in Oesterreich nicht aber von einem Reichsminister her, einem Reichsminister, dem wir völlig fremd gegenüberstehen. Wir haben mit der Regierung nichts zu tun. Darum beschwert sich der Reichsanwalt nur über Angriffe von unserer Seite? Ich erinnere ihn daran, daß hier es fürzlich der nationalliberale Hbg. Weber erklärt hat, daß der Kanzler seine Sache mit der Finanzreform nicht lösen könne. Der Kanzler soll sich auch einmal die nationalliberale Presse ansehen, wie die über ihn denkt. Herrmann sagt er darüber nichts? Er erinnert sich an ein Wort Bismarcks von der „Dresdener“. Es ist aber natürlich falsch, wenn er etwa glaubt, mir kontroversieren ist, weil er die Reichstagsauslösung herbeigeführt hat. Darin irr er sich ganz gewaltig. Ich begreife nicht, wie er noch jetzt diesen Gedanken haben kann. Ich habe ihm ja in der ersten Sitzung des neu gewählten Reichstages gesagt, woran es liegt, daß unsere Beziehungen sich so gelastet haben, weil er uns den Vorwurf der antinationalen Artrogan machte. (Stürmische Zustimmung im Zentrum.) Er tat aber, als ob nichts geschähe sei. Selbst wenn das keine Überzeugung war, so hätte er, nachdem er schon weiß, daß wir dieses Wort aus je eine persönliche Beleidigung aufstellen müßten, sich nichts vergeben, wenn er erklärt hätte, daß er nicht darüber nachdachte. (Seitertzeit Zustimmung im Zentrum.) Dann wäre diese Frage erledigt gewesen. Was mir übrigens als total nicht ansehn, darüber zu entscheiden, ist unsere eigene Sache. (Zustimmung im Zentrum.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch die Gesetze, die der Reichsanwalt zugunsten des Agrarismus, wie er sich ausdrückt, zustande gebracht hat, nur dadurch zustande gekommen sind, daß die Vorläge der Regierung eine Aktion im Reichstag gefunden haben. Würden Sie diese Aktion nicht gefunden haben, dann würden die Verbände des Reichsanwalts, von denen er gesprochen hat, nicht so groß sein. Wir werden unsere Entscheidungen fällen ohne Rücksicht auf Personen; wir uns wird bestimmend und maßgebend nicht aus nicht das

# Die Parlaments-Ausgabe der „Saale-Zeitung“ (Morgen-Ausgabe)

berichtet an bedeutungsvollen Tagen ausführlicher als jedes andere Hallesche Blatt über die Vorgänge im Reichstage und Landtage! Jeder, der über die Verhandlungen im Parlamente unterrichtet sein will, abonniere auf die „Saale-Zeitung!“ Neubestellungen auf das am 1. Juli a. c. beginnende Quartal nehmen heute schon die Expedition und die Postanstalten entgegen!

Wiederum, maßgebend wird vielmehr nur sein das Interesse des Volkes, die Erhaltung und Förderung der Interessen des Deutschen Reiches, des deutschen Volkes. (Stürmischer anhaltender Beifall im Centrum und rechts.)

### Preussischer Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Ich will mich lediglich auf sachliche Gesichtspunkte und nur nur auf die Hauptfragen beschränken. Dem Weg, Singer gegenüber möchte ich bemerken, daß, selbst wenn die indirekten Steuern benötigt werden, um welche die verbündeten Regierungen gebeten haben, doch die Belastung mit indirekten Steuern in unserem Vaterlande noch weit geringer ist, als in den Kulturstaaten der Welt. Die indirekten Steuern werden doch nur erhoben, um die sozialen Leistungen zu erhöhen und um den in unserer Armee und Marine liegenden Schatz zu sichern, der doch in erster Linie dem Arbeiter zugute kommt. Graf Westarp hat gemeint, man könnte den Besitz auch auf indirektem Wege heranziehen, und die Konventionen hätten nur eine andere Form gewählt, als die Erhebung vorgeschlagen habe, in der Sache aber lauten, daß die Besitzsteuer in Form der Vermögenssteuer zu einem großen Teile nur auf dem Papier erhoben wird, daß die veranschlagten Einnahmen viel zu hoch bemessen sind. Wir haben gegen die von der Kommission beschlossene Vermögenssteuer schwere, prinzipielle und praktische Bedenken, wie der Reichsfinanzminister bereits geltend ausgeführt hat. Ich muß auch den Ausführungen des Grafen Westarp gegenüber daran festhalten, daß es sich hier in der Tat um eine partielle Vermögenssteuer handelt. Es ist das bestritten worden, aber es läßt sich nicht leugnen, daß das Vermögen auf begrenzten Gebieten belastet werden soll. Ich will mich darauf beschränken, daß die Vermögenssteuer sich immer unangenehmer geltend machen wird, wie zu dem regelmäßigen Ausgaben der ungenügende Belastung infolge der Beamtengehältersteigerung ungenügender ist. Die Einzelstaaten sind bis auf äußerste Anspannung und Mühen deshalb nicht der Steuer entraten, die bisher ihnen zuzunehmen, weshalb wir alle gegen eine partielle Vermögenssteuer ernste Bedenken hegen. Die Steuer würde auch ungleichmäßig erhoben werden und daher ganz dubios werden; die Inhaber von Wertpapieren, z. B. Hypothekenspandbriefen, werden besteuert werden, der Besitzer einer Hypothek aber würde man freilassen; das aber würde im Publikum nicht verstanden werden. Die Steuer würde ferner erhoben werden ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse, ob der Betreffende an sich in der Lage ist, die Steuer zu zahlen oder nicht. Die Verteilung von Wertpapieren und Aktien geht in weite Kreise des Volkes hinein. Man hat meinem Vorgänger Miquel den Vorwurf gemacht, daß er durch die Konvertierung der Staatspapiere den Mittelstand zum Erwerb von Aktien veranlaßt hat. Der Vorwurf ist ungenügend, denn mit der Konvertierung waren die Landbesitzer und die Kommunen bereits vorangegangen, deshalb müßte der Staat ihnen folgen. Durch die große Inanspruchnahme des Geldmarktes infolge des Wachsens unserer Industrie ist der Zinssatz nicht gefallen, sondern sehr erheblich gewachsen. Die Lasten sind nicht zu bestreiten, daß viele kleine Leute infolge der Konvertierung ihrer Staatspapiere veräußert und Industriepapiere gekauft haben; der kleine Mann wird also getroffen, wenn Sie den Nachschub von Wertpapieren, von Aktien heranziehen wollen. Nach preussischer Gesetzgebung werden die größten Vermögensbesitzer bis zu 5 Proz. herangezogen, bei öffentlichen Personen bis zu 5 Proz., dazu kommen dann die Gewerbesteuer mit in Berlin z. B. 100 Proz., und weiter würde noch dazu kommen die Besteuerung der Aktionäre. Die Besteuerung in einer Stadt mit möglichen Kommunalvermögen ist also schon ziemlich stark.

Nun nehmen Sie einen Ort mit hohen kommunalen Steuern. 200 Proz. Steuerzulage sind in Kommunen gar nicht selten. Dann würde sich die Rechnung so stellen: staatliche Steuer 6 Proz., für die Kommunen 8 Proz., für die kommunale Gewerbesteuer 2 Proz., für die Besteuerung der Aktionäre 3 Proz., gibt 19 Proz., die an sich schon an Staat und Kommune zu entrichten sind. Und nun soll noch die Vermögenssteuer hinzutreten, die im Durchschnitt etwa fünf Prozent betragen würde und auf 10 Prozent steigt. Man hat folgenden Erempel aufgemacht: Es laufe jemand für 200000 Mk. Aktien der Deutschen Bank zum Kurse von 240. Bei 12 Proz. Dividende würde der Betreffende von diesem Aktienbesitz eine Einnahme von 1000 Mk. haben. Er würde nach den Beschlüssen der Kommission 3 pro Milie von diesen 200000 Mk. zu zahlen haben, also 6000 Mk. von diesen 1000 Mk. abgezogen haben. Das bedeutet also eine Einkommensteuer von 6 Proz. über eine Einnahme von 1000 Mk. Also während in Preußen bei einer Einnahme von 900 Mk. die Steuerpflicht beginnt, würde die Vermögenssteuer schon bei einem Einkommen von 1000 Mk. einen Steuerfuß von 6 Proz. ausmachen. Das widerspricht in der Tat den Wünschen auf die Billigkeit. Weiter wird unseres Erachtens die Vermögenssteuer eine Verteuerung des Hypothekenschatzes mit sich bringen, und damit eine Schwächung für den ganzen Landbesitz und für den bäuerlichen Hausbesitz. Nach einer Zusammenstellung haben wir in Deutschland rund 10 Milliarden Pfandbriefe. Demgegenüber steht ein Aktienkapital von 762 Millionen. Davon entfallen auf Preußen rund 4 Milliarden und 264 Millionen Aktien. Nun ist in einer Eingabe genau dargelegt, wie die Vermögenssteuer auf die einzelnen Gesellschaften wirken würde. Danach ergibt sich beispielsweise, daß die Preussische Zentral-Boden- und Kreditgesellschaft mit 809 Millionen umlaufender Pfandbriefe und 39 Millionen Aktienkapital 958 000 Mk. Vermögenssteuer zu zahlen haben würde. (Hört! hört! links.) Die Gesellschaft zahlt heute schon einen Betrag von 350 000 Mk. an Steuern. Zu den 350 000 Mk. würde nahezu 1 Million hinzukommen, und da die Gesellschaft 4 1/2 Mill. Mk. Gewinn erzielt, würde die 6 Proz. an Steuern zu zahlen haben. Die bayerische Hypothek- und Wechselbank in München hat 484 Millionen umlaufender Pfandbriefe und ein Aktienkapital von 54 Millionen. Sie würde 1 299 000 Mk. Steuern zu zahlen haben. Damit würde ihre Dividende um 2,30 Prozent sinken, während die der Preussischen Zentral-Boden- und Kreditgesellschaft um 2,42 Proz. sinken würde. Das würde naturgemäß einen sehr bedeutenden Kurssturz zur Folge haben. Ich glaube, der Gedanke, daß die Gesellschaft diese Verluste selber tragen würde, ist von vornherein abzuweisen. (Sehr Zustimmung links.) Sie würden also tatsächlich abgewälzt werden auf ihre Kreditnehmer in Stadt und Land. (Sehr richtig! links.) In jeder Beziehung schreibt sich ein Herr, der durchaus auf konventionellem Boden steht, daß gerade die landwirtschaftlichen Kreise sich in ihr eigenes Unglück schmeißen würden, wenn die gemachten Vorschläge Gesetz würden. (Hört! hört! links.) Vom allgemeinen Standpunkte aus würde die Rückwirkung der beschlossenen Kotie-

rungssteuer auf einem ganz ähnlichen Gebiete noch bedeutender sein auf die Kredite der Provinzen, der Kreise und der Gemeinden. (Sehr wahr! links.) Dieses Anwachsen der Verschuldung der Kommunen im allgemeinen ist ja ein Gegenstand erster Bedeutung und Sorge. Es ist in der Tat alle Veranlassung vorhanden, dort so weit zu bremsen, wie irgend möglich ist. Aber wofür werden denn die meisten Schulden der Städte gemacht, die meisten Anleihen aufgenommen? Gerade für die Bedürfnisse, die den mittleren Kreisen unserer Bevölkerung zugute kommen. Die Ausgaben sind fast immer die Bedürfnisse, die den mittleren Kreisen zugute kommen. Straßenbrücken, Krankenhäuser, Schule und dergleichen, Maßnahmen, die dem Gros der Bevölkerung zugute kommen. Von 1879 bis 1908 sind an Anleihen der Provinzen, Kreise und Städte an deutschen Börsen zugelassen worden nicht weniger als 4 Milliarden 355 Millionen. Es würde also bei einem Satze von 1 pro Milie auf die Kommunalvermögen des Deutschen Reiches für die in den letzten Jahren ausgegebenen Anleihen eine Jahressteuer von vier Millionen und 355 000 Mark entfallen. (Hört! hört! links.) Es ist ja ganz unzulässig, daß die Bankiers, die die Anleihen herausbringen, diese Last nicht etwa ihrerseits auf sich nehmen werden, sondern daß damit der Kurs jeder späteren kommunalen Anleihe wesentlich herabgesetzt wird und die Anleihen nur zu unangünstigeren Bedingungen auf den Markt kommen würden. Also, die Steuerzahler der einzelnen Kommunen würden schließlich die Leidgegenen sein. (Sehr Zustimmung links.)

Nun wird vielleicht von berufener Seite die Rückwirkung auf die Börse dargelegt werden. Jeder, der es mit der Entwicklung unserer Verhältnisse auch im Auslande wie im Inlande ernst meint, sollte doch sehr vorsichtig sein, einer Maßnahme zuzustimmen, die unsere Börsen, nachdem wir sie eben erst von gewissen Fesseln befreit haben, wiederum lahmlegen müßten. (Sehr Zustimmung links.) Mit der Übernahme fremder Anleihen geht doch zugleich auch eine industrielle Investition deutschen Kapitals im Auslande verbunden, und insbesondere bei dem der Kurs jeder späteren kommunalen Anleihe wesentlich herabgesetzt wird und die Anleihen nur zu unangünstigeren Bedingungen auf den Markt kommen würden. Also, die Steuerzahler der einzelnen Kommunen würden schließlich die Leidgegenen sein. (Sehr Zustimmung links.)

Ich muß auch Herrn Spahn entgegenzutreten bezüglich der Vermögenssteuer in Frankreich. Minister Caillaux hat ausdrücklich erklärt, jetzt die Steuer aufheben zu wollen wegen ihrer schädigenden Wirkung, die „tätigen und zuweilen selbst prohibitiv wirkenden Vorposten“. (Hört! hört! links.) Ich glaube also, namens der verbündeten Regierungen erklären zu können, daß gegen die Vermögenssteuer, wie Sie hier beschlossen ist, ernste und nicht überwindbare Bedenken bestehen. Den Grundgedanken, das an der Börse umlaufende Kapital angemessen heranzuziehen, teilen wir, und wir haben Ihnen Vorlagen unterbreitet, wonach wir aus dem zeitlich vorläufigen Verleib etwa 80 Millionen ziehen können. Ich hoffe also, daß übereinstimmende Grundgedanken bestehen, werden wir uns auch über die Reform verständigend.

Nun die Vermögenssteuer. Es hat wenig Wert, sich hier in Reklamationen zu ergehen über das, was in einem früheren Stadium der Sache der eine oder andere gesagt hat. (Sehr richtig! links; nach rechts.) In allen Parteien sind Gegner und Freunde dieser Steuer, und haben sich die Meinungen geändert. Wir sollten uns alle in dem Bestreben einigen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen und einen Weg zu finden, der zum Ziele führt, und da muß ich noch darauf hinweisen, daß seit 1906 sich die Situation wesentlich geändert hat. Damals handelte es sich um ein Bedürfnis von 230 Millionen, jetzt um nicht weniger als 400 Millionen aus indirekten Steuern. Wir haben auf dem ganzen weiten Gebiete der Verbrauchsabgaben eine Erhöhung vorgenommen, daß darunter hinaus die 100 Millionen nicht ausgedrückt werden können. Daneben besteht es nicht ohne Grund, daß auch der allgemeine Wehrgeld herangezogen wird, und da sich auf dem Wege eine Einkommen- oder Vermögenssteuer verbietet, sieht nur die Vermögenssteuer unter Ausdehnung von Defensisten und Ehepartnern übrig, denn durch jede andere Art der Besteuerung des Vermögens werden immer nur einzelne Abzweigungen, einzelne Arten des Vermögens getroffen. (Sehr richtig! links.) Diese ziffermäßige Daten sind doch nur das Symptom, aber das berechtigt Symptom für die Verschlebung, die Verschlechterung der ganzen Situation seit 1906. Was damals geboten war, außer Reichsfinanzen endlich auf geordnete Grundlagen zu stellen, das ist jetzt einfach eine *de necessitate* geworden, eine Lebensfrage des Deutschen Reiches, vielleicht die wichtigste Frage seit das Deutsche Reich überhaupt besteht. (Sehr Zustimmung links.) Ist das der Fall, so ist es auch patriotische Pflicht, Einzelbedenken zurückzustellen. Berücksichtigt der Mann, der seine Meinung ändert, um in seiner Stellung zu bleiben oder sonstiger Vorteile wegen; aber was es ist, um dem Gemeinwohl. (Stimm. Beifall links.) Ich betrete, daß es sich hier um solche Prinzipien handelt, bei denen ein Nachlassen nicht möglich ist. Ich will nicht unterlassen, ob der Vorber wohlfeil oder teuer ist, der in dem Horazischen Sprüche liegt: „Si fructus ilabatur orbis impavidum ferient ruinae“; wichtiger als dieser Vorber, höher als dieses Ziel, ist zu verheßen, daß überhaupt Ruinen das Vaterland befallen, sondern daß die Säule einer gelungenen Entwicklung nach innen und einer fröhlichen Waffe nach außen unerschüttert erhalten bleibt. (Stürmischer Beifall links.)

Ich muß betreten, daß die Vorlage die Landwirtschaft schädigt, wie bestritten wird. Es herrscht über die Vorlage vielfach eine erstaunliche Unkenntnis. (Zustimmung.) Leute haben zu mir vom Unterzang der Landwirtschaft gesprochen, die nicht einmal die Vorlage gelesen hatten. (Sehr, hört! links.) Man konnte vor allem die Schutzbestimmungen nicht, die für die Landwirtschaft geschaffen worden sind, die dieses Schutzes durchaus würdig und bedürftig ist. Die Nachlässe bis 20 000 Mk. sind freigelassen. Das heißt, die Hälfte unserer ganzen landwirtschaftlichen Betriebe fallen

nicht unter das Gesetz. (Sehr, hört! links.) Bei den Vorkäufen. Weiter wird der einzelne Anfall nur getroffen, wenn er mindelstens 10 000 Mk. beträgt. Nehmen wir durchschnittlich drei Kinder an, so sind also Vermögen unter 30 000 Mk. steuerfrei. Nun haben wir 1 300 000 selbständige Landwirte. Davon sind mit einem Vermögen von mehr als 60 000 Mk. nur 130 000 Personen veranlagt. Also nur 10 Prozent der selbständigen Landwirte fallen unter das Gesetz, 90 Prozent bleiben frei.

Weiter veräußerten von den Ergänzungsteuerpflichtigen mit mehr als 6000 Mark Vermögen ein Vermögen von weniger als 80 000 Mark und 65 Prozent. Für das Gesetz kommen also nur 35 Prozent in Betracht. (Sehr Zustimmung links.) 65 Prozent aller ergänzungsteuerpflichtigen Vermögen bleiben also überhaupt frei und 90 Prozent der selbständigen Landwirte. Die kleineren und mittleren Vermögen bleiben also ganz frei. Nur durch Unkenntnis ist eine Verunsicherung im Lande hervorgerufen. Ein einziger kann jeder durch eine Lebensversicherung für die Steuer sorgen, so daß sie für die Erben nicht fühlbar wird. Außerdem bleibt bei Erbansfällen, die sich innerhalb 5 Jahren wiederholen, der zweite Erbfall ganz frei, während nur die Hälfte der Steuer wird, wenn der Erbfall sich in 10 Jahren wiederholt. Das wichtigste Bedenken gegen die Heranziehung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens war, daß die kleinen landwirtschaftlichen Besitzer vielfach nicht in der Lage sind, Kapital zur Zahlung der Erbschaftsteuer zu Verfügung zu haben. Deshalb ist in der Vorlage vorgezogen, daß bei land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzern eine Entziehung der Erbschaftsteuer in Kapital nicht gefordert werden kann, sondern daß die Erben berechtigt sein sollen, unter Zugrundelegung einer zurechtgelegten Verzinsung in einer 20jährigen Rente, die Steuer abzugeben. Damit in dem Einmunde, daß hier der erste Schritt zur Expropriation getan ist, die Spitze abgebrochen. Bei einem Erbfall innerhalb der 20 Jahre wird die Rente nicht kumuliert, sondern die Zahlung der zweiten Rente hat erst einzusetzen, wenn die erste abgezahlt ist. Ein Landgut mit einem Ertrage von 3200 Mark und 40 000 Mark Schulden, also einem Nettoertrage von 24 000 Mk., würde bei Anfall an einen Erben jährlich 17 Mark Rente für die Erbansfallsteuer zu entrichten haben. Für ein Landgut mit 8000 Mk. jährlichem Nettoertrag und 100 000 Mk. Schulden, also einem Nettoertrage von 60 000 Mk., würden bei einem Erbe jährlich 60 Rente, bei drei Kindern jährlich je 14, 72 Mark Rente zu zahlen sein. Bei einem Landgut mit einem Nettoertrag von 60 000 Mk., würden bei einem Erben jährlich 1424 Mk. Rente, bei zwei Kindern je 561 Mk. Rente und bei drei Kindern jährlich je 381 Mk. Rente zu entrichten sein. Diese Beträge sind doch sehr niedrig berechnet. (Sehr richtig! links.) Große Bedenken sind auch von dem ethnischen Standpunkte, von dem Standpunkte der Fürsorge für die Familien erhoben. Wir haben diesen Bedenken ebenfalls Rechnung getragen. Es wurde hervorgehoben, daß es überaus schmerzhaft sei, wenn im Augenblicke des Todes der Steuererbe keine und jedes Möbel, jedes Familienbad, jedes Schmuckstück einbüße und so in alle Schmach einbringe. Wir haben Möbel und Hausgeräte von der Erbschaftsteuer ausgenommen. Bei einer Ehe, aus welcher Kinder entsprossen sind, ist die Möglichkeit gegeben, daß der überlebende Mann, der zum Erben eingekauft ist, die Erhebung einer Erbschaftsteuer von seinem und seiner Kinder Vermögen hinauszuschieben kann, bis auch er stirbt. In diesem Momente werden die meisten Kinder an dem Vermögen teilnehmen, werden sich über das elterliche oder mütterliche Erbe aneinanderzusetzen haben, und dann ist der Eingriff nicht so schmerzhaft.

Ich kann es nicht unterdrücken, daß die Haltung der Linken die Verständigung auch erschwert hat. Wo lobt denn das Geld herkommen? An erster Linie müßten wir uns doch sagen: um Tabak. Und wir haben es daher sehr bedauert, daß aus dem Tabak nicht ein wesentlich höherer Ertrag herausgekommen ist. Ebenso hat auch die Haltung der Linken in der Brandweinbesteuerung die Verständigung über ein gemeinsames Programm erschwert. Eine angemessene Gestaltung der Brandweinsteuer ist eine Lebensfrage, sowohl für die armen Hölse im Osten, wie auch für die kleinen Brenner des Westens. Es ist ein Verstum, daß es sich hier nur um ein Interesse des Großgrundbesitzes handelt. Kommt es zu einem Kampfe aller gegen alle, so würden die kleinen Brenner im Westen und Süden die ersten sein, die gegen eine unangemessene Gestaltung dieser Steuer protestieren. Ich will in dieser ernsten Stunde keine Forderungen erheben. Gemäß handelt jeder nach seinem besten Gewissen. Aber das muß man sich doch fragen, ob es denn nicht möglich ist, die Hindernisse einer Verständigung zu beseitigen, ob denn die Gegenseite in der Tat unüberwindlich sind. Sehen wir uns die langen Verhandlungen der letzten Zeit an, so müssen wir doch als ehrliche Leute bekennen, daß es weder für unsere innerpolitische Lage, noch für unser Ansehen im Auslande förderlich waren. In einem Lande mit konfessionellen, mit starken wirtschaftlichen Gegensätzen muß doch alle Streben dahin gehen, diese Gegensätze zu mildern und alle Schichten zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Leider aber ist das Gegenteil erreicht worden, die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze sind verstärkt, die gemeinsame Arbeit ist erschwert worden. Wäre es denn erwünscht, wenn unsere Nation allmählich in zwei getrennte Herdenglieder zerfallen sollte? Ist es insbesondere vom Standpunkte der Realwirtschaft erwünscht, daß die Industrie, die bisher immer mit der Landwirtschaft Hand in Hand gegangen ist, die auch immer für einen ausreichenden Jolldruck der Landwirtschaft gesorgt hat, nun vielleicht in ein anderes Lager übergeht? Diese Bedenken vom Standpunkte der Rückwirkung auf unsere inneren politischen Zustände sind sehr ernst, aber noch viel enger wird die Sache, wenn Sie an das Ausland denken. Sie brauchen sich die ausländischen Blätter zu lesen, um sich ein Urteil bilden zu können, mit welcher Freude die Schmeichelei, die ansehnliche Unmöglichkeit der Verständigung bei uns von einem Teile des Auslandes begrüßt wird. Und ich meine, daraus müssen wir gerade Veranlassung nehmen, unter allen Umständen über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. (Sehr richtig!) Es geht nicht an, mal so, als ob es wirklich ein unglückliches Verhängnis unseres Volkes ist, daß alle nationalen großen Anläufe immer wieder durch Parteifraktionen, durch Interessengegensätze, durch vorgefaßte Meinungen zerfällt und vielfach zerfällt werden (Aufe! Leber!), daß das Geld der deutschen Natur nur in Tagen der schwersten Prüfung zur Erscheinung tritt, aber in friedlichen Zeiten verduftet und verdatet wird durch die alten Erbscher unserer Nation. Meine Herren, noch ist es Zeit, sich die Hand zur Verständigung zu bieten, noch ist es Zeit, über die Hemmnisse hinwegzukommen. Die jetzt an der Handlung entgegengekommen, deswegen geht meine Bitte dahin, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, diese Hindernisse zu beseitigen, ob Sie sich nicht gegenseitig die

Haus reichen können, ob das, was an Zerissenheit in den letzten Wochen hervorgetreten ist, nicht ausgelöscht werden könne durch das einheitliche Bestreben, endlich unser Vaterland dem von uns allen erprobten Ziele seiner finanziellen Wiedergeburt entgegenzuführen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. — Reichstanzler Fürst Bülow drückt Herzern v. Rheinbaben die Hand, ebenso verschiedene Staatsjuristen.)

Hg. Fürst Hatzfeld (Rp.):

Ich habe namens meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben. (Der Redner wendet sich nach dem Präsidentenstande um. Große Heiterkeit.) Die Erklärung lautet: Die Reichstanzler hat stets den Standpunkt vertreten, daß die dauernde Gesundung der Reichsfinanz nur nicht für die innere Kraft des Reiches, sondern auch für sein Ansehen nach außen von entscheidender Bedeutung ist. Die Finanzreform darf kein Stückwerk sein, sondern es muß ganze Arbeit gemacht werden. Der gesamte Bedarf an Mehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen Mark ist deshalb nicht bloß auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit zu beschaffen. Die Finanzen des Reiches müssen Jahre hinaus sichergestellt und das deutsche Erwerbsleben muß vor weiteren Beeinträchtigungen geschützt werden. Mit dem Herrn Reichstanzler sind wir von uns stets vertretenen und hiesigen großen nationalen Werte für alle bürgerlichen Parteien in dieser Opferbereitschaft zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden wollen, insbesondere ihrer parteipolitischen Stellung. Bei einer Frage von solcher Bedeutung müssen die parteipolitischen Grundzüge zurücktreten, sie muß vom wirtschaftlichen und vor allem vom vaterländischen Gesichtspunkte behandelt werden. Von dieser Auffassung lassen wir uns auch bei der weiteren Behandlung der Reichsfinanzreform leiten und erbitten in treuer Mitarbeit an dem Werke die Erfüllung einer patriotischen Pflicht. (Beifall.)

Wie wir bereits früher mehrfach erklärt haben, wünschen auch wir, daß bei der Reichsfinanzreform auch der Beifall entsprechend herangezogen wird. Demzufolge haben wir uns, da bisher andere geeignete allgemeine Beifälligkeiten nicht zu erzielen waren, in unserer großen Mehrheit auch bereit finden lassen, mit der Ausübung der Reichsfinanzreform auf Besondere und hiesige Beifälligkeiten uns abzugeben, falls hierdurch das Zustandekommen der Reichsfinanzreform abhängt. In derselben Voraussetzung sind wir auch jetzt in unserer überwiegenden Mehrheit entschlossen, der Erbanfallsteuer zuzustimmen (Beifall bei der Rp. und links), in der Erwartung, daß die von uns erforderlich gehaltenen Veränderungen angenommen werden. Dabei legen wir besonderen Wert auf Sicherung gegen künftige Erweiterungen oder Erhöhungen der Steuer. (Rufen im Zentr.)

Wir sind aber auch nach wie vor bereit, anderen Beifälligkeiten, welche einen geeigneten Ersatz für die Erbanfallsteuer bieten, zuzustimmen; denn wir halten es für unerantwortlich, das große nationale Werk der Reichsfinanzreform um in ihrer Bedeutung vielfach überhöhten Erbschaftsteuern stellen zu lassen.

In den Vorberathungen der Kommission zur Regelung der Beifälligkeiten kann ein gangbarer Weg zur Lösung der Aufgabe liegen aus dem Grunde nicht erblickt werden, weil die verbündeten Regierungen sie nicht ablehnen. Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die finanzielle Notlage des Reiches auszugleichen, um den verbündeten Regierungen parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse aufzuzwingen. Das würde allen konventionellen Verbindlichkeiten widersprechen und einen für die Zukunft gefährlichen Präzedenzfall bieten. (Beifall.)

Die Erbschaftsteuervorläge werden wir ohne Voreingenommenheit unter dem Gesichtspunkt vollständiger Lösung der Aufgabe der Reichsfinanzreform prüfen und unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Reform in einer den Interessen des Reiches und unseres Erwerbslebens sowie der Gerechtigkeit entsprechenden Gestalt zustande kommt. Unsere Partei wird dem warmen Appell, den der Finanzminister loben an den Reichstag gerichtet hat, lieber Folge leisten. (Lebh. Beifall.)

Hg. Dr. v. Diembovski (Pole):

Der Reichstanzler hat die Debatte auf die Grundlage einer Parteiauseinandersetzung gestellt, daher werden wir uns an der Debatte nicht beteiligen. Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Steuerarten werden wir bei der Beratung der Kommissionsvorlage zum Ausdruck bringen. Bei den jetzt zur Verhandlung stehenden Steuern bekräftigen wir uns auf die Erklärung, daß wir für ihre Überweisung an die Kommission stimmen werden. (Getreulich.)

Weiterberatung Freitag 1 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Endlich ein geistliches Resultat . . .

Halle, 18. Juni.

Es scheint, als ob die vorgelagerte Rede des Reichstanzlers im Deutschen Reichstage doch nicht ganz ohne Eindruck auf die Konservativen geblieben wäre. Velleitlich hat auch der neurebige Entwurf der Erbschaftsteuervorlage, der den Agrariern manches Konzessionen zugestehet, dazu beigetragen, die Herzen auf der Rechten etwas geneigter zu machen. Aus der „Halle'schen Zeitung“, die sonst recht vorsichtig ist, leuchtet so etwas wie Radgebiltheit. Das konservative Blatt, das bereits in seiner Nr. 202 der Hoffnung nach einem Ausweg aus den „Hainbarn unentwirrbaren Wirrnissen“ Ausdruck gab, vertritt getrennt aber wiederholt diese Auffassung, indem es zum Schluß eines längeren Artikels betont:

„In bezug auf die Reichsfinanzreform aber erhofft alle Welt, und nicht zum minderen auch die konservative Bevölkerung, endlich ein geistliches Resultat. Selbst wenn noch so große Opfer zu bringen sind, man wünscht das Zustandekommen der Reform, und man wünscht nach allen Wirrnissen und Kämpfen nun endlich den Frieden!“

Das klingt sehr vernünftig, klingt sehr hoffnungsvoll. Mehr Dissonanzen liegen allerdings in dem umständlichen Präambulum des besagten Artikels, in dem der Freisinn liebedoll erucht wird, sich „keine Schwachheiten“ einzubilden. Deutschland — so sagt die „Halle'sche Zeitung“ — ist nicht Preußen. Und an eine radikale Aenderung des preußischen Wahlrechts wird nach wie vor nicht gedacht werden. Dahin

ging Bülow's geistiges Wort: er denke nicht daran, sich das liberale Programm aneignen.“

So optimistisch sind wir nicht gewesen, von dem Kanzler mit dem agrarischen Leichenstein ein liberales Programm zu erwarten. Aber die Konservativen sollten auch nicht so früh sein, aus diesen Blüten Bülow's Sonig für die Zukunft zu saugen und zu glauben, von der Regierung den Verzicht auf eine Reform des preussischen Wahlrechtes durch ein Zugeständnis zur Erbschaftsteuer erzwingen zu können! Ob mit oder ohne Erbschaftsteuer: die Beseitigung des elendesten aller Wahl-systeme ist nur noch eine Frage der Zeit. Diese „Schwachheiten“ bildet sich mit uns sogar ein Teil der — Freikon-servativen ein!

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von „oft gut unterrichteter Seite“ gehalten: „Die Konservativen und das Zentrum halten an der Rotierungssteuer fest. Sie sind nur bereit, gewissen, das Ausland berücksichtigenden Erleichterungen zuzustimmen. Damit die Finanzreform nicht ohne Rotierungssteuer zustande komme, wollen Konservative und Zentrum für die Finanzreform ein Antiegalgesetz schaffen, um darin die Annahme der Rotierungssteuer ausdrücklich zu sichern. Für den Fall, daß die verbündeten Regierungen sich mit der Rotierungssteuer in der veränderten Form einverstanden erklären, dürfte bei den Konservativen wie beim Zentrum die Neigung wachsen, für die Erbanfallsteuer zu stimmen.“ Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß ein derartiges Kompromißgeschäft für die Parteien der Linken unannehmbar sein muß.

### Die Kaiserbegegnung in den Schären.

Die bedeutsame Begegnung zwischen den Herrschern der beiden mächtigsten Landmächte Europas hat gestern stattgefunden. Nachdem die letzten russischen Schiffe bereits am Tage vorher ihren Ankerplatz angelaufen hatten, traf, wie ein Telegramm aus Stockholm berichtet, die „Hohenpollern“ mit dem deutschen Kaiser an Bord und den übrigen Begleitschiffen gestern vormittag 9 Uhr 45 Min. in den finnischen Schären ein. Die mit Flaggen geschmückten Kriegsschiffe feuerten Salut. Der Zar begab sich sofort an Bord der „Hohenpollern“.

Die russische Kaiserfamilie weilte bereits drei Tage an Bord und bereitete einen feierlichen Empfang für Kaiser Wilhelm vor. Auch der deutsche Botschafter in Petersburg Graf Pourtales ist mit seinem Personal auf Einladung des Zaren eingetroffen, ebenso der Hofminister auf dem Schiffe „Polarstern“.

### Die russische Presse.

„Slowo“ hofft, daß die Entree möglichst banal und ohne politische Folgen verlaufen werde. Die Zusammenkunft könne aber dennoch dem Friedenswunsch Europas dienen. Der „Nietich“ behauptet, der Kaiser habe besonders den Wunsch, Solowpkin kennen zu lernen, den einzigen Minister, der unschuldig an Rußlands Nachgeben während der Balkankrisis war.

### In England und Frankreich.

besteht sich die Presse zwar mit der Kaiserbegegnung, aber sie spricht ihr eine höhere politische Bedeutung ab. Manu traglich braucht man jedoch diese Aeußerungen nicht zu nehmen, bei denen — offensichtlich — mehr oder weniger der Wunsch der Vater des Gedankens war:

London, 17. Juni. „Daily Graphic“ schreibt, die Zusammenkunft in den finnischen Gewässern beweist, daß trotz der Balkankrisis in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sich nichts geändert habe und daß sich als Folge der Begegnung schwerlich etwas in der allgemeinen Lage Europas ändern werde. Die Entree sei nur ein weiteres Unterpfand für den Frieden und für die Aufrechterhaltung des status quo.

Paris, 17. Juni. In der Kaiser-Entree schreibt der „Figaro“: „In dem Augenblick, wo der Zar seine Hauptstadt verläßt, um eine längere Kreuzfahrt auf dem Meer zu unternehmen, darf man sich nicht wundern, wenn er eine Begegnung mit Kaiser Wilhelm hat. Es hieße aber die Wirklichkeit verneinen, wenn man annehmen wollte, daß diese Entree, die doch nur den Charakter einer bloßen Höflichkeit trägt, auch nur den geringsten Einfluß auf die internationale europäische Situation und auf das System der europäischen Allianzen haben könnte. Man mag dem Kaiser noch so große Verehrlichkeit und Verehrungstunst zuschreiben, es wird ihm aber nicht gelingen, Rußland vergessen zu machen, daß Deutschland der intime Alliierte und treue Bundesgenosse Deutschlands ist, das wiederum den gefährlichsten Gegner Rußlands darstellt.“

### Eine Begegnung des Zaren mit dem Kaiser von Oesterreich

soll, wie das folgende Telegramm berichtet, im Anschluß an die Entree in den Schären vorbereitet werden:

London, 17. Juni. Dem „Daily Chronicle“ wird heute aus Wien aus privater Quelle gemeldet, daß eine Begegnung des Zaren mit Kaiser Franz Josef wahrscheinlich sei. Die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg seien bereits im Zuge. Der Zar wünsche eine Begegnung zur See, was jedoch für den greisen Herrscher Oesterreichs unzulässig sei. Die Tourparlers zur Beseitigung dieser Schwierigkeit würden zwischen den Höfen gepflogen.

### Deutsche und englische Journalisten an Bord des „George Washington“.

Ein Zufall fügte es, daß Deutschlands größtes Dampfschiff der neuerbauten „George Washington“ des norddeutschen Lloyd auf seiner ersten Fahrt, die anlässlich der Manöver zusammengewogene englische Kriegsschiffe passierte. Diese Gelegenheit hatte der Norddeutsche Lloyd benutzt, um eine große Anzahl von englischen Journalisten, die während der Flotten-Revue in Southampton weilten, zu einer Besichtigung des neuen Schiffes einzuladen.

In Southampton, wo der George Washington vor Anker ging, kamen mit dem die Passagiere bringenden Tender etwa 20 englische Journalisten an Bord, um den Dampfer zu besichtigen und dann einen Lunch einzunehmen,

für den im Kinderfalon als einlegem von den Passagieren nicht benutzten Raum gedehnt worden war. Selber Gedachte hier der Raum nicht, daß das Frühstück mit dem Bord befindlichen deutschen Redakteuren gemeinsam eingenommen werden konnte. Diese verärgerten jedoch nicht, eine Begegnung mit den englischen Kollegen herbeizuführen, indem sie sich durch Herrn Direktor Seinenler der Begegnung des Zaren zu einer Begegnung anmelde lassen. Mit lauten Beifall nahmen sie die Weiter-Zeitung beirichtig, die englischen Journalisten die Mitteilung auf und empfingen dann mit höchlicher Freude die eintretenden deutschen Kollegen. Namens dieser riefste Schriftrevisor v. Kupffer aus Berlin herzliche Begrüßungsworte in deutscher und englischer Sprache an die Gäste. Von diesen nahm dann der Staatsanwalt und Schriftsteller Dr. E. M. G. in Burg aus London das Wort, um zunächst, namens seiner Kollegen sich rühmend über den Befund des neuen deutschen Schiffes auszusprechen und zugleich dem Norddeutschen Lloyd für die Einladung zu danken. Es sei den englischen Pressevertretern eine besondere Freude, die deutschen Kollegen auf dem höchsten Boden in englischen Gewässern kennen zu lernen. Beifällige man auf englischer Seite jede derartige Gelegenheit, die nur dazu beitragen könne, zum Zweck der näheren Annäherung der Nationen zu fördern. Zum Schluß der mehrfach von Beifall der englischen Kollegen begleiteten Ansprache des Staatsanwalts, die deutschen Journalisten auf den Norddeutschen Lloyd, die deutschen Kollegen, und im selben Atemzuge dann auf die Kaiser und die Königin, hieran schloß sich, an die deutschen Redakteure gerichtet, spontaner Gesang des „For they are jolly good fellows“. Beim Gesang saß es nun zwischen den deutschen und englischen Pressevertretern noch eine kurze herzliche Unterhaltung, worauf die Engländer, offenbar angenehm berührt, sich verabschiedeten und unter lebhaften beiderseitigen Vorstellungen an Land stiegen.

Aber auch auf unserer, der an Bord zurückbleibenden deutschen Redakteure, so wird der „M.Z.“ weiter berichtet, blieben gute und angenehme Eindrücke zurück. „Das man dabei allerdings nicht ganz über die unerschrockenen politischen Stimmungen unserer Zeit hinwegzusehen wurde, daß für jorge eingewisse Nuanzierung im Anschluß der von den Engländern ausgebrachten Vorschläge, die hier nicht näher erörtert zu werden braucht, die aber hiebei den Dänen sehr deutlich war. Sie zeigte, daß uns nicht leeres Schall entgegensteht und daß uns Männer gegenüberstanden, an denen es so herauszukommt, wie durch die Politik unserer Zeit die Seiten in ihrer Braut nun einmal gestimmt sind.“

### Allgemeine Mitteilungen.

Der Bundesrat verammelte sich gestern zu einer Plenarsitzung; vorher hielten die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Rechnungswesen, der Ausschuss für Handel und Verkehr sowie die vereinigten Ausschüsse für Justizwesen und für Handel und Verkehr Sitzungen.

In der Disziplinardache gegen den früheren Bürgermeister Schädling von Hufum hat das Verwaltungsgericht, wie wir hören, den Termin für die neuerliche Verhandlung für die Zeit zwischen dem 15. September und dem 1. Oktober in Aussicht genommen.

Die Betriebseinnahmen der preussischen Staatseisenbahnen haben im Mai d. J. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 6,8 Mill. Mark = 15,68 Proz. mehr und im Güterverkehr 0,6 Mill. Mark = 0,56 Proz. weniger, insgesamt nach Abzug einer Mindereinnahme bei den sonstigen Einnahmen 5,5 Mill. Mark = 3,53 Proz. mehr betragen.

Bei der Beurteilung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, daß abweichend vom Vorjahre in den Monat Mai dieses Jahres das Pfingstfest fiel; die Zahl der Werktage war um einen geringeren als im Mai vorigen Jahres.

## Ausland.

### Die englischen Flottenmanöver.

An den großen Flottenmanövern, die getrennt ihren Anfang nahmen, nehmen 350 Kriegsschiffe teil, die in drei Flotten geteilt sind nach folgendem Plan: Die norddeutsche und süddeutsche Flotten fliegen ihre Vereinigung in der Nordsee an, was die in den schottischen Gewässern aufgestellte dritte Flotte durch Angriff auf die getrennten gegnerischen Flotten zu verhindern sucht.

Wie die „Morning Post“ erzählt, würden die neuen Dreadnoughts zehn 13,5 füllige Geschütze führen, die lo angeordnet sind, daß das gesamte Feuer von den beiden Breitseiten ausgehe. Die Anordnung der Schornsteine und der mittelschiffs gelegenen Aufbauten werde dadurch wesentlich beeinflusst. Dennoch würden die Dreadnoughts wahrheitsgemäß an beiden Breitseiten auch Batterien von 60 fülligen Geschützen führen. Infolge Neueinteilung der Mannschaften werde diese an Zahl nicht stärker sein als gegenwärtig.

### Ein neuer Marine-Standard in Frankreich?

Der französische Flottenunterstützungsausschuss hat beantragt, wie aus Paris gemeldet wird, daß gegen den ehemaligen Rabinetsvorsitzenden des früheren Marine-Ministers Camille Pelletans, namens Pittone, gerichtliche Unternehmung eingeleitet werde, weil er, ebenso wie Dupont de Nemours, seinen eigenen Austritt nach dem Austritt seines Vorgängers in dem nach der Auffassung des Ausschusses Staatsaktum sind. Darunter sind Briefe des früheren Admirals Pelletans die Pittone Herrn Thomon, dem Nachfolger Pelletans im Marineministerium, mitgeteilt. Darüber kam es im Anschluß zu einem äußerst unangenehmen heftigen Aufritt zwischen Pittone und Benaim, der jetzt nationalitätlich-republikanischer Abgeordneter von Paris und Mitglied des Ausschusses ist. Der Admiral und Pittone überließen einander mit wilden Schimpfen und wären wohl handgemein geworden, wenn Ausnahmemaßnahmen es nicht verhindert hätten.

Weiter wird gemeldet: Paris, 17. Juni. Infolge Beschlusses der Marine-Untersuchungskommission hat Marineminister Vicard den Assistenten des Marineministeriums Pittone vorgeladen, der beschuldigt ist, jetzweilig als Sekretär des früheren Marineministers Pelletan widerrechtlich amtliche Schriftstücke an sich genommen zu haben. Falls der Marineminister die Einleitung einer gerichtlichen Unternehmung anordnen sollte, wird das Toulon'se Kriegsgericht mit der Angelegenheit betraut werden.